



Mehr Zusammenarbeit mit Obwalden

Die Nidwaldner Regierung soll Synergien mit Obwalden im Sicherheitsbereich abklären. Das verlangt ein Postulat.

Martin Uebelhart

«Wir beraten heute kein Organisationsmodell und wir entscheiden auch nicht über den Aufbau einer neuen Struktur. Wir beraten einen Prüfauftrag», hielt Landrat Dominik Steiner (FDP, Ennetbürgen) am Mittwoch bei der Behandlung seines Postulats fest. In dem Vorstoss wird der Regierungsrat aufgefordert, zu prüfen, ob und in welchem Rahmen eine vertiefte Zusammenarbeit der Kantone Nidwalden und Obwalden im Bereich der Sicherheitsorganisation sinnvoll und machbar ist.

Die Regierung hatte in ihrer Antwort auf Steiners Fragen festgehalten, dass sie einer solchen Prüfung hohe strategische Bedeutung zumesse.

Das Postulat konzentrierte sich bewusst auf klar umrissene Bereiche des Bevölkerungsschutzes: Zivilschutz, Führungsunterstützung, Sanität, kantonaler Sanitätsdienst sowie die Militärverwaltung. Es gehe dabei um Organisation, Führung und Koordination, nicht um operative Detailfragen und nicht um bestehende Zuständigkeiten, die sich bewährt hätten.

Kantone sind schon eng verflochten

Ausgangspunkt sei die Feststellung, dass beide Kantone vor sehr ähnlichen Herausforderungen stünden: steigende Anforderungen an Einsatzbereitschaft und Führung, zunehmende Komplexität in Krisenlagen, Fachkräftemangel sowie ein hoher Anspruch an Verlässlichkeit und Durchhaltefähigkeit. Gleichzeitig seien Nidwalden und Obwalden kleinräumig organisiert und bereits heute in verschiedenen Bereichen eng verflochten.

«Wichtig erscheint mir eine klare Abgrenzung», so Steiner. «Feuerwehr und Polizei sind nicht Gegenstand dieses Postulats.»



Der Nidwaldner Landrat tagt im Stanser Rathaus.

Bild: Martin Uebelhart (4. 2. 2026)

Der Vorstoss verlangt ausdrücklich keine Umsetzung, sondern eine Prüfung von Varianten, inklusive organisatorischer, rechtlicher und finanzieller Aspekte. «Es schafft damit Entscheidungsgrundlagen für das Parlament – nicht mehr, aber auch nicht weniger.»

Aus staatspolitischer Sicht sei dieses Vorgehen konsequent. Wer Verantwortung trage, müsse bereit sein, Strukturen zu hinterfragen, bevor Probleme akut werden.

Hinter das Postulat stellten sich auch die Fraktionen im Landrat. Annette Blättler (Herzogenwil) hielt für die GLP fest, die Reduktion auf das Machbare sei richtig. Gleichzeitig dürfe die Vision, bestehende und neue Synergien konsequent zu nutzen, nicht aus den Augen verloren werden. Thomas Wallimann (Grüne, Ennetmoos) sagte, Kooperationen im Sicherheits- und

Auch in Obwalden ein Thema

Der Obwaldner Kantonsrat hat im vergangenen Dezember ein praktisch gleichlautendes Postulat von Kantonsrat Marius Küchler (FDP, Kerns) überwiesen. Mit 37 Ja- zu 11 Nein-Stimmen (und drei Enthaltungen) das Resultat nicht ganz so deutlich wie im Nachbarkanton. Die SVP befand den Vorstoss als zu weitreichend formuliert. Dort, wo es sinnvoll sei, werde bereits mit Nidwalden zusammengearbeitet.

Der Obwaldner Regierungsrat zeigte sich bereit, eine Projektgruppe mit Nidwalden einzusetzen. Er rechnet «für eine professionelle Projektbegleitung» mit externen Kosten von rund 40'000 Franken pro Kanton. (mu)

Schutzbereich seien wichtig, damit man rechtzeitig bereit sei, wenn etwas passiere. Pius Furrer (SVP, Ennetbürgen) hielt fest, Zusammenarbeit bei der Militärverwaltung, dem kantonalen Führungsstab und Zivilschutz sei prüfenswert. Es gebe viele Schnittstellen.

Mario Röthlisberger (Mitte, Ennetbürgen) sagte, beim Postulat bliebe zunächst offene, wo genau der Kernauftrag liege und wo angesetzt werden solle. Gleichzeitig biete gerade diese Offenheit die Chance, den sicherheitspolitischen Dialog zwischen Nidwalden und Obwalden zu schärfen und weiterzuentwickeln.

Offene und sachliche Prüfung der Optionen

Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschi sagte, Dominik Steiners Postulat werfe eine berechtigte Frage auf. «Wie

stellen wir sicher, dass Nidwalden, gemeinsam mit Obwalden, auch in Zukunft im Ereignisfall rasch helfen kann, im Alltag verlässlich organisiert ist und in Krisen über eine klare Führungs- und Koordinationsstruktur verfügt?» Es gelte, bereit zu sein, gemeinsame Lösungen vertieft, strukturiert und strategisch zu prüfen. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen hätten sich verändert.

Bereits heute gebe es eine sehr enge und funktionierende interkantonale Zusammenarbeit, die in vielen Bereichen Mehrwert schaffe. Für die Regierung gehe es um eine offene und sachliche Prüfung der Optionen. Zu klären sei, wo echte Synergien lägen. Dabei wolle die Regierung die bestehenden Systeme respektieren, insbesondere das Milizwesen.

Der Landrat überwies das Postulat mit 54 zu 1 Stimmen.